

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Die Umstellungskrise in Ostdeutschland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1990) : Die Umstellungskrise in Ostdeutschland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 11, pp. 538-539

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136691>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Umstellungskrise in Ostdeutschland



Hans-Jürgen Schmahl

Die wirtschaftliche Lage im vereinigten Deutschland ist tief gespalten. Mit diesen Worten beginnt das jüngste Gemeinschaftsgutachten der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute, das sich erstmals nach vier Jahrzehnten mit der Lage der „deutschen Wirtschaft“ und nicht lediglich der „westdeutschen“ wie bisher befaßt. In der Tat könnte der Unterschied krasser kaum sein. Im westlichen Teil des Landes Hochkonjunktur, im östlichen Teil Krise – Umstellungskrise wohlgemerkt, nicht konjunkturelle Depression. Was sich in der früheren DDR vollzieht, ist eben keine Schrumpfung der Nachfrage; diese ist dank massiver Einkommensübertragungen aus Westdeutschland nicht gesunken, und das wird voraussichtlich auch 1991 so bleiben. Geschrunpft ist die Produktion als Ergebnis eines umfangreichen Substitutionsprozesses, bei dem westdeutsche Erzeugnisse an die Stelle ostdeutscher getreten sind. Die Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Güter ist von vornherein als gering eingeschätzt worden. Insofern kann der starke Rückgang von Produktion und Beschäftigung eigentlich nicht überraschen.

Auf kurze Sicht ist die entscheidende Frage, wann der Produktionsrückgang zum Stillstand kommt, wann das Erscheinen neuer Produkte das Verschwinden alter zumindest ausgleicht. Dabei ist nicht nur an Waren zu denken, so unverzichtbar eine leistungsfähige Industrie auch für den östlichen Teil Deutschlands sein wird. Vielmehr ist besonderes Gewicht auf den Ausbau des dort bisher völlig unzulänglichen Dienstleistungssektors zu legen. Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft wird Teil der großen Strukturveränderung sein müssen, die nun in der früheren DDR begonnen hat. Darin liegt eine Chance; das Angebot wettbewerbsfähiger Dienstleistungen wird schneller erhöht werden können als das von wettbewerbsfähigen Waren. Bezeichnend dafür ist, daß der einzige mit Sicherheit schon jetzt expandierende Wirtschaftsbereich die Banken und Versicherungen sind. Der Weg der ostdeutschen Wirtschaft hin zum Tiefpunkt und zum Wiederanstieg wird für die einzelnen Wirtschaftszweige unterschiedlich lang sein. Am Anfang sind es Dienstleistungssektoren, dann voraussichtlich die Bauwirtschaft, schließlich die Industrie – mit sicherlich markanten Unterschieden zwischen den einzelnen Industriezweigen – und die Landwirtschaft, die ihren Wendepunkt erreichen. Berücksichtigt man die unterschiedlichen Etappen und das Gewicht der einzelnen Branchen, dann könnte das Tief der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung um die Jahresmitte 1991 erreicht werden. Das gilt für die Produktion; die Beschäftigung folgt ihr erfahrungsgemäß erst mit einigem Abstand.

Solche Prognose ist freilich mit erheblich größerer Unsicherheit behaftet als eine „normale“ Konjunkturprognose, die sich an einigermaßen bekannten Mustern der Nachfrageentwicklung orientiert. Im Falle der früheren DDR geht es dagegen um die Abschätzung eines Prozesses des Absterbens alter und des Entstehens neuer Produktionen. Die Unsicherheit der Prognose betrifft nicht nur den zeitlichen Ablauf, sondern auch das Ausmaß des Rückgangs und des anschließenden Wiederanstiegs. Die fünf Institute haben in ihrem Gemeinschaftsgutachten geschätzt, daß das reale Bruttosozialprodukt im Gebiet der früheren DDR im Durchschnitt des Jahres 1991 nochmals erheblich, nämlich um rund 10% niedriger sein wird als im Durchschnitt des laufenden Jahres. Berücksichtigt man die Arithmetik der Jahreszuwachsrate und insbe-

sondere die Bedeutung des sogenannten Überhangs, dann ist nach dem Einbruch der Produktion im Laufe dieses Jahres für das kommende Jahr eine große Minusrate programmiert. Ein nur geringer Rückgang im Jahresdurchschnitt, wie er offenbar von jenen angenommen wird, die die Prognose der Institute als zu pessimistisch bezeichnen, würde einen gleich am Jahresanfang beginnenden und geradezu rasanten Wiederanstieg der Produktion in der früheren DDR voraussetzen. Eine solche Vorstellung ist jedoch schwerlich zu begründen.

Angesichts der desolaten Bedingungen in Ostdeutschland bedarf es schon überzeugender Argumente, um auch nur die Erwartung einer baldigen Beendigung des Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu rechtfertigen. Im Gemeinschaftsgutachten wird vor allem darauf hingewiesen, daß nun allmählich Marktbeziehungen an die Stelle der entfallenen Planbeziehungen treten, daß mit dem Aufbau neuer Verwaltungen das „institutionelle Chaos“ der ersten Zeit endet und daß die Rechtssicherheit zunimmt. Mit Hilfe westlicher Kooperationspartner gelingt es mehr und mehr Unternehmen, ihre Produkte in Qualität und Aufmachung an westliche Standards anzupassen, Handwerk und Kleingewerbe weiten ihr Angebot aus, in der Bauwirtschaft beginnen die öffentlichen Ausgabenprogramme und im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich die großen Investitionsvorhaben westlicher Anbieter zu greifen. Es gibt also Gründe für die Annahme eines allmählichen Aufhörens des Schrumpfungsprozesses; aber Ansätze zu einer raschen und starken Aufwärtsbewegung sind derzeit noch nicht zu sehen.

Vom Verlauf des Umstellungsprozesses in Ostdeutschland hängt auch die Höhe der Staatsausgaben ab, die für die Bestreitung der sogenannten Kosten der Einheit aufgewendet werden müssen. Wer der Bundesregierung unterstellt, sie kenne deren Umfang und enthalte diese Kenntnis der Öffentlichkeit vor, der traut ihr prognostische Fähigkeiten zu, die schon ans Wunderbare grenzen. Die Institute haben in ihrem Gemeinschaftsgutachten im Einklang mit dem Zeithorizont ihrer Prognose lediglich für 1990 und 1991 Schätzungen der Transfers öffentlicher Gelder vorgenommen, die zur Abdeckung der dort entstehenden Lücke zwischen krisenbedingt hohen Ausgaben und niedrigen Einnahmen des Staates erforderlich sind. (Diese Transfers mag man Kosten der Einheit nennen, obwohl selbst sie letztlich den Charakter einer Investition in ein ertragversprechendes Projekt haben.) Danach sind für 1990 rund 50 Mrd. DM und für 1991 rund 70 Mrd. DM aufzuwenden. Es muß nochmals mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß jede Schätzung dieser Kosten von der „Richtigkeit“ der Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland abhängt und wegen der Unsicherheit darüber auch heute noch niemand die Höhe dieser Kosten in den nächsten Jahren kennt.

Schon deshalb ist gegenwärtig auch nicht zu beurteilen, ob man zu ihrer Finanzierung Steuererhöhungen braucht oder nicht. Die Orientierung an Schätzungen wie der der Institute läßt nur ein vorläufiges Ergebnis zu, und deren Zeithorizont ist zudem noch recht eng. Die Frage nach der Finanzierung kann nur im Zusammenhang der Entwicklung der gesamten Staatsfinanzen gestellt werden. Für das laufende Jahr ist sie schon weitgehend beantwortet. Die neuen Ausgaben haben das Staatsdefizit schubartig erhöht, und das Defizit ist – definitionsgemäß – durch Kreditaufnahme finanziert worden. Für 1991 rechnen die Institute damit, daß bei unveränderten Steuersätzen und ohne neue Ausgabenkürzungen ein gesamtdeutsches Staatsdefizit (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) in Höhe von in etwa 90 Mrd. DM entsteht; in dieser Höhe wird der Staat den Kapitalmarkt belasten. (Weit höhere Schätzungen, die ebenfalls genannt werden, beruhen im wesentlichen auf der – meines Erachtens unzulässigen – Nichtberücksichtigung der kapitalmarktentlastenden Überschüsse der Sozialversicherung.)

Ob dies ohne konjunktur- und wachstumsschädlichen Zinsanstieg möglich sein wird, ist auch unter Beachtung der Tatsache, daß dafür die Finanzmärkte der Welt zur Verfügung stehen, nicht sicher. Besser wäre es jedenfalls, wenn es gelänge, das Defizit kleiner zu halten. Als Mittel dazu verdienen Einsparungen bei anderen Ausgaben und bei Steuervergünstigungen zweifellos den Vorzug vor Steuererhöhungen. Denn diese haben so viele negative Nebenwirkungen auf Konjunktur und Wachstumsbedingungen und gegebenenfalls auf Preise und Lohnklima, daß sie – so das gemeinsame Urteil der Institute – „keinesfalls ein naheliegender Weg für die Finanzierung der Ausgaben für die deutsche Einheit“ sind.